

Die gefährliche Austerität fordert bereits ihre Opfer 2

Die hilflose Bankenaufsicht wird weiter ausgebaut 4

Vermögenssteuer ist Diebstahl 6

Die Milliarden des EU-Budgets sind dringend zu hinterfragen 8

Die Korruptionsbekämpfung ist nur eine Symptomkur 10

Ein Berufsheer würde eine Vielzahl von Chancen vernichten 12

Abo-Service:
vvg@inode.at

Jahresabonnement:
Österreich: € 55,00
inkl. MwSt.,
außerhalb
Österreichs: € 60,00.

Medieninhaber und Medienunternehmen: Volkswirtschaftliche Verlagsges.m.b.H.
Herausgeber und Chefredakteur: Ronald Barazon
Geschäftsführung, Anzeigenleitung, Vertrieb, Redaktion: alle 1070 Wien, Schottenfeldgasse 93/6
Tel.: 00 43 1 523 74 56
Druck: Robitschek, 1050 Wien.
e-mail: vvg@inode.at
Die grundlegende Richtung wird von der Menschenrechtskonvention, den Prinzipien der freien Marktwirtschaft und der Ablehnung jeder Diktatur sowie jeder Verletzung der demokratischen Freiheiten bestimmt.



Die gefährliche Austerität fordert bereits ihre Opfer

Von Ronald Barazon

Es ist an der Zeit, der katastrophalen Wirtschaftspolitik in Europa Einhalt zu gebieten. Der Kontinent ist, wie nicht anders zu erwarten war, mit der sinnlosen Anbetung der so genannten Austerität in die Rezession geschlittert, in vielen Regionen schrumpft das Sozialprodukt sogar dramatisch. Die Vertreter der vermeintlichen Einsparungen wollen einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass ihre Thesen schlichtweg falsch sind. Statt aus den mittlerweile offenkundigen Fehlern zu lernen, wird der Irrweg unverdrossen fortgesetzt.

Das Wort „sparen“ ist fehl am Platz

Die Sparpolitiker punkten mit dem in Bevölkerung positiv besetzten Begriff „sparen“. In der politischen Parolendrescherei geht der Umstand unter, dass hier nicht von Privatpersonen die Rede ist, die einen teuren Urlaub streichen oder auf ein billigeres Auto umsteigen.

Wenn eine Regierung spart, dann bedeutet dies zweierlei: Sie stellt weniger Geld für die Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen zur Verfügung. Und sie kassiert höhere Steuern von den Bürgern. Für beide Maßnahmen ist der Begriff „sparen“ fehl am Platz.

Die Aushungerung der Verwaltung

Weniger Geld für die öffentlichen Einrichtungen bedeutet, dass diese Einrichtungen weiter in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben, aber ihre Aufgaben nicht oder nur mangelhaft erfüllen können.

Dass eine derartige Vorgangsweise sinnlos ist, sollte selbst-

verständlich sein. Das ist aber nicht der Fall, im Gegenteil, genau das geschieht, wenn eine Regierung den Schlachtruf „sparen“ ausstößt.

Die Effizienz erhöht sich nicht von selbst

Damit nicht genug, die Parole wird mit der weltfremden These garniert, dass unter dem Druck des Geldmangels die Effizienz gesteigert werde.

Man übersieht dabei nur, dass die Tätigkeit öffentlicher Institutionen von Gesetzen, Verordnungen und Verträgen geregelt werden, die die Strukturen bestimmen.

Dass zahllose öffentliche Einrichtungen ineffizient und somit viel zu teuer sind, steht außer Zweifel. Nur können die in diesen Stellen tätigen Beamten, Vertragsbediensteten und sonstigen Mitarbeiter die Organisationen nicht eigenmächtig ändern.

Das können und müssen die Politiker machen, die aber glauben mit Sparparolen zu erreichen, dass sich die Effizienz auf wundersame Weise von selbst erhöht.

Eine Reform der Strukturen

mit dem Effekt, dass nach der Reform mit weniger Aufwand bessere Dienstleistungen erbracht werden, erfolgt nicht oder nur in seltenen Ausnahmefällen. Folglich sinkt die Qualität der öffentlichen Verwaltung. Damit nicht genug: Die zurück gehaltenen Mittel fehlen und bremsen somit die Wirtschaft.

Intelligentes „Sparen“ belebt die Wirtschaft

Umgekehrt würden Reformen die Wirtschaft beleben, da in den meisten Fällen Investitionen notwendig sind, um neue Bedingungen zu schaffen. Und nach den Reformen hätte der Staat tatsächlich geringere Kosten. Intelligentes Sparen heißt allerdings nicht sparen, sondern investieren.

Steuererhöhungen sind keine Einsparungen

Die zweite Maßnahme der sparenden Regierungen besteht in der Anhebung von Steuern, Abgaben, Gebühren und Beiträgen. Dass dieser Raubzug durch die Börsen der Bürger als „sparen“ bezeichnet wird, ist schlichtweg frivol.

Die Wortwahl ist eine Provokation der Zahler, die Sache selbst unsinnig. Die aus der Bevölkerung gepressten Zahlungen haben nur den Zweck, die Lücken zu füllen, die sich aus der ineffizienten Führung



Bild: www.Bilder-Box.com

Leider finden die Wirtschaftspolitiker keine eindeutigen Wegweiser zum Ausgang aus der Rezession

der öffentlichen Einrichtungen ergeben. Das so genannte Sparen über höhere Steuern und Abgaben bedeutet also nur, dass „gutes Geld schlechtem nachgeworfen“ wird. Der Effekt ist unvermeidlich und bereits offenkundig: Die Unternehmen und die Privathaushalte haben weniger Mittel zur Verfügung, um zu konsumieren und zu investieren. Auf diese Weise wird die Wirtschaft wirksam gebremst und der Staat nicht saniert. Eine Politik, die auf einen Schlag zwei Mal Schaden anrichtet.

Fast 50 Prozent Staatsquote

Besonders empörend ist der Umstand, dass die Austeritätspolitik vor allem in Europa grassiert, wo extrem hohe Staatsquoten dominieren. Wenn bereits 50 Prozent der Wertschöpfung an die öffentlichen Hände abgeliefert wird, sollte ein zusätzlicher Beitrag nicht einmal zur Debatte stehen. Dies mag in den USA oder in Japan anders sein, wo vergleichbare Quoten in der Größenordnung von 30 Prozent gegeben sind. Auch die populistischen Parolen, die eine höhere Besteuerung der Reichen fordern, sind zu relativieren. Tatsächlich zahlen die Bezieher höchster

Einkommen verhältnismäßig geringe Steuern. Somit wäre eine Anhebung zu rechtfertigen, die aber angesichts der geringen Zahl der Betroffenen keinen nennenswerten Beitrag zur Finanzierung der Staaten bringen kann.

Eine wirksame „Reichensteuer“

Sinnvoller wäre die Koppelung höchster Steuern für extrem Reiche mit einer Investitionsbegünstigung: Werden die Mittel investiert, dann bleibt die Steuerlast gering, ist dies nicht der Fall, dann greifen die Höchstsätze. Eine derartige Regelung würde die Wirtschaft beleben und so indirekt auch das Steueraufkommen steigern. Eine simple Konfiskationspolitik bringt dem Staat wenig und verhindert positive Effekte für die Wirtschaft.

Basel III steigert den Effekt der Austerität

Die Politik begnügt sich nicht mit einer Aushungerung der öffentlichen Einrichtungen und zusätzlichen Belastungen für eine Bevölkerung, die bereits zu hohe Steuern zahlt. Unter dem Schlagwort des Regelwerks für Banken „Basel III“, das noch nicht ein-

mal beschlossen ist, wird die Wirtschaft über eine Kreditbremse zusätzlich abgewürgt.

Kapital und Liquidität statt Wachstum

Es sind dieselben Politiker, die an der schädlichen Sparpolitik stur festhalten, die die Banken zur Vorhaltung extrem hoher Eigenkapital- und Liquiditätsbestände zwingen. Das Eigenkapital wird in Relation zu den Veranlagungen gerechnet. Da Eigenkapital auf den Märkten nur schwer zu bekommen ist, bleibt den Banken nichts anderes übrig als die Veranlagungen zu reduzieren. Dies geschieht auch in großem Umfang. Besonders betroffen sind dabei die Kredite an Unternehmen und Private, da diese nur geringe Spannen zu den Geldbeschaffungskosten ermöglichen.

Die Politik hatte gehofft, mit den strengen Eigenkapitalvorschriften die Spekulation einzudämmen. Tatsächlich werden aber die risikoreichen Veranlagungen den Krediten an die Realwirtschaft weiterhin vorgezogen, da sie doch höhere Gewinne versprechen. Als klar wurde, dass die hohen Eigenkapitalvorgaben nicht den gewünschten Effekt ha-

ben, rückte die Liquidität in den Fokus der Politik.

Nun sind die Banken nicht nur verpflichtet, eine umfangreiche Eigenkapitaldecke vorzuhalten, sie müssen auch Barmittel im Haus haben, die sie in die Lage versetzen gegebenenfalls auch einen Run der Einleger zu verkraften. Barmittel im Tresor können nicht veranlagt werden, stehen also nicht für Kredite – allerdings auch nicht für Spekulationen – zur Verfügung. Die Initiatoren mögen sich freuen, dass vielleicht auch die Spekulation eingedämmt wird, die Entwicklung der Wirtschaft wird jedenfalls zusätzlich gebremst.

Zur Groteske verkommt diese Politik, wenn die Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften, die die Spekulation bekämpfen sollen, bei Banken angewendet werden, die keine Spekulationsgeschäfte betreiben.

Der fatale Eifer

Bemerkenswert ist der geradezu religiöse Eifer, mit dem Sparpolitiker ihre wirtschaftsschädigenden und menschenverachtenden Thesen vertreten, statt endlich zu einer konstruktiven Wirtschaftspolitik zu wechseln, die Wachstum fördert und tatsächlich dem Staat Einsparungen bringt.